
Merkblatt

zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes (FDGO)

Vorbereitung auf das Gespräch zu den Bekenntnissen und zur Loyalitätserklärung

Sehr geehrte Antragstellerin,
sehr geehrter Antragsteller,

wenn Sie die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen, müssen Sie bestimmte Erklärungen abgeben. Dazu gehören

- das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes,
- das Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen,
- sowie die Loyalitätserklärung.

Diese Erklärungen sind wichtige Voraussetzungen für die Einbürgerung. Es reicht nicht aus, sie nur zu unterschreiben. Entscheidend ist, dass Sie den Inhalt verstanden haben und ihn mit eigenen Worten erklären können. Ihr Bekenntnis muss glaubhaft sein und Ihrer inneren Überzeugung entsprechen.

Deshalb führen wir vor der Abgabe der Erklärungen ein persönliches Gespräch mit Ihnen. Es geht nicht um Auswendiglernen. Es geht darum, ob Sie die Bedeutung der Erklärungen verstanden haben.

1. Worum geht es in dem Gespräch?

Im Gespräch geht es um die wichtigsten Inhalte der Bekenntnisse und der Loyalitätserklärung.

Wir möchten erkennen, ob Sie verstanden haben,

- welche Werte das Grundgesetz schützt,
- wie Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland funktionieren,
- warum Antisemitismus, Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen mit einer Einbürgerung nicht vereinbar sind,
- warum Deutschland wegen der Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur eine besondere Verantwortung trägt,
- warum der Schutz jüdischen Lebens wichtig ist,
- warum das friedliche Zusammenleben der Völker und das Verbot eines Angriffskrieges wichtig sind,

2. Wie können Sie sich vorbereiten?

Bitte bereiten Sie sich selbstständig auf das Gespräch vor.

Wichtig ist nicht, dass Sie einzelne Sätze auswendig lernen. Wichtig ist, dass Sie sich mit den Themen beschäftigen und die Grundgedanken verstehen.

Zur Vorbereitung können Sie zum Beispiel nutzen:

- dieses Merkblatt,
- seriöse Internetseiten,
- Bücher,
- Dokumentationen,
- Gedenkstätten,
- andere verlässliche Bildungsangebote.

Besonders wichtig ist, dass Sie sich auch selbst mit den nationalsozialistischen Verbrechen, mit dem Holocaust und mit Antisemitismus beschäftigen. Diese Themen gehören zum Kern des Bekenntnisses zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands.

Bitte lesen Sie außerdem die beigefügte Anlage „**Liste extremistischer Organisationen**“ sorgfältig durch. Prüfen Sie vor Ihrem Termin, ob Sie selbst jemals Mitglied einer dort genannten Organisation waren oder ob Sie eine solche Organisation in irgendeiner Weise unterstützt haben oder noch unterstützen. Wenn dies der Fall ist oder sein könnte, müssen Sie dies im Gespräch offen und wahrheitsgemäß angeben.

3. Was Sie inhaltlich verstanden haben sollten

Sie müssen keine juristischen Fachbegriffe kennen und keine langen Texte auswendig lernen.

Wichtig ist vor allem, dass Sie erklären können, **warum** diese Werte und Regeln für Deutschland wichtig sind. Im Gespräch geht es also nicht nur um die Frage, **was** in den Bekenntnissen steht. Es geht auch darum, ob Sie verstanden haben, **warum** diese Inhalte geschützt werden und warum sie für die Einbürgerung wichtig sind.

a) Staatsgewalt, Wahlen und Volksvertretung

Sie sollten erklären können, warum in Deutschland das Volk die Staatsgewalt ausübt und warum freie Wahlen wichtig sind.

Sie sollten verstanden haben, dass politische Macht vom Volk ausgehen muss und nicht von einer einzelnen Person oder einer kleinen Gruppe. Wahlen müssen frei, gleich und geheim sein, damit alle Menschen ohne Angst und ohne Druck mitbestimmen können.

b) Bindung der Gesetzgebung an die Verfassung und Bindung von Verwaltung und Gerichten an Recht und Gesetz

Sie sollten erklären können, warum sich Staat, Regierung, Behörden und Gerichte an Recht und Gesetz halten müssen.

Sie sollten verstanden haben, dass niemand über dem Gesetz steht. Diese Bindung schützt die Menschen davor, dass Macht willkürlich ausgeübt wird. Sie sorgt dafür, dass staatliche Entscheidungen nachvollziehbar, rechtmäßig und überprüfbar bleiben.

c) Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition

Sie sollten erklären können, warum es in einer Demokratie nicht nur eine Regierung, sondern auch eine Opposition geben muss.

Sie sollten verstanden haben, dass die Opposition wichtig ist, weil sie die Regierung kontrolliert, Kritik übt und andere politische Vorschläge macht. So wird verhindert, dass eine Regierung ohne Kontrolle handelt.

d) Ablösbarkeit der Regierung und Verantwortung gegenüber der Volksvertretung

Sie sollten erklären können, warum Regierungen wieder abgewählt werden können müssen.

Sie sollten verstanden haben, dass politische Macht in einer Demokratie nicht dauerhaft gesichert ist. Eine Regierung muss dem Parlament und damit dem Volk gegenüber verantwortlich bleiben. Das schützt vor Machtmissbrauch.

e) Unabhängigkeit der Gerichte

Sie sollten erklären können, warum Gerichte unabhängig entscheiden müssen.

Sie sollten verstanden haben, dass Gerichte fair und nur nach Recht und Gesetz entscheiden sollen. Sie dürfen nicht von Politik, Druck oder persönlichen Interessen beeinflusst werden. Das schützt jeden Menschen vor ungerechter Behandlung.

f) Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Sie sollten erklären können, warum es keinen Platz für Willkür und unkontrollierte Gewalt geben darf.

Sie sollten verstanden haben, dass Menschen in einem Rechtsstaat Schutz vor Angst, Unterdrückung und ungerechter Behandlung brauchen. Niemand darf Macht einfach nach eigener Laune ausüben.

g) Die im Grundgesetz geschützten Menschenrechte

Sie sollten erklären können, warum Menschenwürde und Grundrechte so wichtig sind.

Sie sollten verstanden haben, dass jeder Mensch denselben Wert hat. Kein Mensch darf als weniger wert behandelt werden. Grundrechte schützen Freiheit, Gleichheit und die Würde jedes Menschen. Sie schützen vor Unrecht, vor Benachteiligung und vor staatlicher Willkür.

h) Kein Platz für Antisemitismus, Rassismus und Menschenverachtung

Sie sollten erklären können, warum Antisemitismus, Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen mit einer Einbürgerung nicht vereinbar sind.

Sie sollten verstanden haben, dass solche Einstellungen die Menschenwürde verletzen. Sie sprechen Menschen ihren gleichen Wert ab. Deshalb widersprechen sie den Grundwerten des Grundgesetzes.

Antisemitismus bedeutet Feindschaft, Hass, Abwertung oder Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden. Antisemitismus kann offen oder versteckt auftreten. Er zeigt sich zum Beispiel in Feindbildern, Verschwörungserzählungen, pauschalen Schuldzuweisungen, Beleidigungen, Bedrohungen oder Gewalt gegen jüdische Menschen oder jüdisches Leben. Antisemitisch kann auch sein, den Holocaust zu leugnen, zu verharmlosen oder zu relativieren.

4. Besondere historische Verantwortung Deutschlands

Sie sollten erklären können, warum Deutschland wegen der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Verbrechen eine besondere historische Verantwortung trägt.

Sie sollten verstanden haben, dass die nationalsozialistische Herrschaft Demokratie und Rechtsstaat zerstört hat. Menschen wurden entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet. Deutschland will aus diesem Unrecht lernen und verhindern, dass sich solches Unrecht wiederholt.

a) Schutz jüdischen Lebens

Sie sollten erklären können, warum jüdisches Leben in Deutschland besonders geschützt werden muss.

Sie sollten verstanden haben, dass dieser Schutz zur besonderen Verantwortung Deutschlands gehört. Jüdisches Leben muss sicher, frei und sichtbar Teil unserer Gesellschaft sein. Antisemitismus muss deshalb klar abgelehnt und bekämpft werden.

Holocaust

Sie sollten erklären können, was der Holocaust war und warum daran bis heute erinnert wird.

Der Holocaust war die systematische Verfolgung und Ermordung von etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Helfer. Diese Verbrechen waren Ausdruck einer antisemitischen und menschenverachtenden Ideologie.

Sie sollten verstanden haben, warum dieses Wissen so wichtig ist. Der Holocaust gehört zu den schwersten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Die Erinnerung daran soll helfen, dass sich ein solches Unrecht niemals wiederholt. Seine Leugnung, Verharmlosung oder Relativierung ist mit einem glaubhaften Bekenntnis nicht vereinbar.

b) Friedliches Zusammenleben der Völker und Verbot eines Angriffskrieges

Sie sollten erklären können, warum Frieden zwischen Staaten wichtig ist und warum ein Angriffskrieg verboten ist.

Sie sollten verstanden haben, dass Krieg und Gewalt nicht als normales Mittel der Politik akzeptiert werden dürfen. Aus der deutschen Geschichte folgt die Verantwortung, Frieden zu schützen und Angriffskriege klar abzulehnen.

5. Loyalitätserklärung

Sie müssen außerdem erklären, dass Sie keine Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung,
- gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes
- oder auf Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele gerichtet sind.

Dazu können besonders extremistische Bestrebungen gehören. Unterstützung kann nicht nur durch eigenes Handeln erfolgen, sondern auch durch Billigung, Werbung, Verbreitung von Inhalten oder andere Formen der Förderung.

Im Gespräch werden wir Sie hierzu gezielt befragen. Dabei kann auch die beigefügte Anlage „**Liste extremistischer Organisationen**“ einbezogen werden. Wichtig ist: Die Liste ist nicht vollständig. Auch Mitgliedschaften oder Unterstützungen in anderen verfassungsfeindlichen oder extremistischen Organisationen können für die Einbürgerung wichtig sein, auch wenn sie nicht in der Liste stehen.

Wenn jemand solche Bestrebungen früher unterstützt hat, reicht der bloße Hinweis, dass dies lange zurückliegt, in der Regel nicht aus. Wichtig ist dann, ob glaubhaft gezeigt werden kann, dass eine echte und dauerhafte innere Abkehr erfolgt ist.

6. Welchen Erklärungstext Sie im Verfahren abgeben müssen

Im Einbürgerungsverfahren müssen Sie die folgenden Erklärungen abgeben. Sie müssen diesen Text nicht auswendig lernen. Sie sollten aber seinen Inhalt verstanden haben und im Gespräch mit eigenen Worten erklären können:

Ich bekenne mich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

Ich bekenne mich außerdem

- a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
- b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- c) durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Wichtig:

Entscheidend ist nicht nur, dass Sie diesen Text abgeben. Entscheidend ist, dass Sie verstanden haben, was diese Erklärungen bedeuten. Nur dann können Sie ein wirksames und glaubhaftes Bekenntnis abgeben.

7. Feierliches Bekenntnis bei der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde

Bitte beachten Sie: Vor der Aushändigung Ihrer Einbürgerungsurkunde müssen Sie zusätzlich noch das gesetzlich vorgeschriebene feierliche Bekenntnis abgeben.

Die Einbürgerung wird erst mit der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde wirksam. Vorher ist folgendes feierliches Bekenntnis abzugeben:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Die Einbürgerungsurkunde soll im Rahmen einer öffentlichen Einbürgerungsfeier ausgehändigt werden. Dieses feierliche Bekenntnis ersetzt nicht das vorherige Gespräch zu den Bekenntnissen und zur Loyalitätserklärung. Beides gehört zum Einbürgerungsverfahren.

8. Wer muss die Erklärung in der Regel nicht abgeben?

Von diesen Erklärungen sind nur wenige Personen ausgenommen. Dazu gehören besonders

- Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren,
- sowie Personen, die die Erklärungen rechtlich nicht wirksam abgeben können.

Ob eine Ausnahme vorliegt, prüfen wir im Einzelfall.

Die Erklärungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Einbürgerung. Sie sollen nicht nur unterschrieben, sondern auch inhaltlich verstanden werden. Nur wenn Sie die Inhalte kennen, ernst nehmen und im Gespräch mit eigenen Worten erklären können, können Sie ein wirksames und glaubhaftes Bekenntnis abgeben.

Anlagen zu diesem Merkblatt:

Liste extremistischer Organisationen

BO-Liste 2026

Liste extremistischer Organisationen

Linksextremismus:

- „Anarchisten („Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU), Graswurzelbewegung)
- „Autonom-antifaschistische Gruppierungen“
- „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)
- „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
- „Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO)
- „Interventionistische Linke“ (IL)
- „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)
- „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)
- „Perspektive Kommunismus“ (PK)
- „REVOLUTION“ (REVO)
- „Rote Hilfe e.V.“
- „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV)
- „Sozialistische Organisation Solidarität“ (SOL)
- „Jugend für Sozialismus“ (JfS)
- „Marx 21“
- „die plattform“
- „... ums Ganze! - kommunistisches Bündnis“ (uGB)

Islamismus:

- „al-Qaida“
- „Ansaar International“
- „Ansar al-Islam“
- „Al-Shabab“
- „DawaFFM“
- „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) / „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD)
- „Die wahre Religion“ (DWR) / Lies-Stiftung
- „Erbakan Vakfi“ (Erbakan-Stiftung)
- „Furkan Gemeinschaft“ („Furkan Vakfi“)
- „Generation Islam“ (GI)
- „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF)
- „Hai'at Tahrir as Sham“
- „HAMAS“ / „Islamische Widerstandsbewegung“
- „Hezb-e Islami Afghanistan“ (HIA)
- „Hizb Allah“ (Partei Gottes)
- „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) (Befreiungspartei)
- „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)
- „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)
- „Islamischer Staat Provinz Khorasan (ISPK)“
- „Islamischer Staat“ (IS)/ „DAESH“ / „DAISH“
- „Ismail Aga Cemaati“ (IAC)
- „Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti)
- „Islamistische Nordkaukasische Szene“ / „Kaukasisches Emirat“
- „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD)
- „Muslimbruderschaft“ (MB)
- „Muslim Interaktiv“ (MI)
- „Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ)
- „Realität Islam“ (RI)
- „Saadet Partisi“ (SP)
- „Salafismus“
- „Taliban“
- „Tabligh-i Jamaat“ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)
- „TEHRIK-E TALIBAN PAKISTAN“ (TTP)
- „Tschetschnische Republik Itschkeria“ (CRI)
- „Türkische Hizbullah“/ „Hizbullah Cemaati“

Sonstiger Extremismus mit Auslandsbezug:

Türkei

„Arbeiterpartei-Kurdistans“ (PKK) mit Neben- und beeinflussten Organisationen

„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Ulkücü-Bewegung („Graue Wölfe“) einschließlich „Föderation der Türkisch-

Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF), „Föderation der

Weltordnung in Europa“ (ANF) und „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine

in Europa e.V.“ (ATIB e.V.)

„Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)

„Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP)

„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

Indien

„International Sikh Youth Federation“ (ISYF)

„Babbar Khalsa International“ (BKI)

„Babbar Khalsa Germany“ (BKG)

Israel und palästinensische Gebiete

„Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)

„Samidoun“, „Samidoun Deutschland“, „Hirak e.V.“, „HIRAK – Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany)“

Migrantifa Rhein-Main

Rechtsextremismus:

Partei „Die Heimat“ (vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, NPD)

„Junge Nationalisten“ (JN)

„Deutsche Stimme Verlags GmbH“ (DS Verlag)

Partei „DIE RECHTE“

Partei „Der III. Weg“

„Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ)

Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

„Generation Deutschland“ (vormals „Junge Alternative für Deutschland“, JA)

„Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)

„Revolte Rheinland“ (aufgelöst)

„Compact-Magazin GmbH“

„Institut für Staatspolitik“ (IfS)

„Ein Prozent e.V.“

„Verlag Antaios“

Burschenschaft „Germania Halle zu Mainz“

„Kameradschaft Zweibrücken / Nationaler Widerstand Zweibrücken“

„Kameradschaft Rheinhessen“

„Combat 18“ (C 18) – verboten

„Blood & Honour“ – verboten

„Hammerskins“ - verboten

„Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft

wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. (AG-GGG)“ - verboten

„Reichsbürger und Selbstverwalter“:

- „Königreich Deutschland“ (KRD) - verboten
- „Geeinte Deutsche Völker und Stämme (GdVuSt) – verboten
- „Indigenes Volk Germaniten“ (IVG)
- „Staatenbund Deutsches Reich“
- „Freistaat Preußen“
- „Volksstaat Bayern“
- „Verfassunggebende Versammlung“ (VV)
- „Verband Deutscher Wahlkommissionen“ (VDWK)
- „Ewiger Bünd“, „Bismarcks Erben“, Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD)
- „Internationale Organisation Völkerrecht“ (IOV)
- „Internationales Zentrum für Menschenrechte“ (IZMR)
- „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force“ (S.H.A.E.F.)
- „Allinace Earth“ ehem. „United Nations Wenea“

Sonstiger Extremismus:

Scientology-Organisation (SO)